

Stand: 30.05.2026 14:54:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11444

"Dem Linksextremismus in Bayern konsequent entgegenreten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11444 vom 14.04.2026
2. Beschluss des Plenums 19/11519 vom 15.04.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Manuel Knoll, Harald Kühn, Tobias Reiß, Dr. Harald Schwartz, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Dem Linksextremismus in Bayern konsequent entgegenzutreten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die aktuelle Entwicklung des Linksextremismus und der Politisch motivierten Kriminalität in Bayern zu berichten und dabei insbesondere darzulegen,

- wie sich die Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2025 insgesamt sowie im Phänomenbereich links der Politisch motivierten Kriminalität entwickelt haben,
- welche wesentlichen Erkenntnisse zu den Ursachen des Anstiegs der Straftaten aus dem Phänomenbereich links der Politisch Motivierten Kriminalität vorliegen,
- mit welchen Maßnahmen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Präventionsstellen im Freistaat dem Linksextremismus derzeit begegnen,
- ob und gegebenenfalls in welcher Weise bestehende Maßnahmen zur Bekämpfung linksextremistischer Bestrebungen weiterentwickelt werden sollen,
- ob aus Sicht der Staatsregierung weiterer Handlungsbedarf besteht.

Begründung:

Die Politisch motivierte Kriminalität in Bayern hat im Jahr 2025 laut aktueller Zahlen einen erneuten Höchststand erreicht. Insgesamt wurden 8 700 politisch motivierte Straftaten registriert. Auch die Zahl der politisch motivierten Gewaltdelikte ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Nach den vorliegenden Berichten stehen hierbei Entwicklungen im Fokus, in denen antiimperialistische oder antikapitalistische sowie antimilitaristische Vorstellungen in konkrete Aktionen und Straftaten münden. Ebenso wird auf Zusammenhänge mit Wahlergebnissen, Straftaten gegen politische Gegner sowie Sachbeschädigungen hingewiesen.

Besonders auffällig ist die Entwicklung im Bereich der Straftaten aus dem linken Spektrum. Deren Zahl stieg den veröffentlichten Angaben zufolge von 727 auf 1 627 Fälle. Auch bei den politisch motivierten Gewaltdelikten entfiel ein erheblicher Anteil auf den linksextremistischen Bereich. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass der Linksextremismus weiterhin eine ernstzunehmende Herausforderung für die innere Sicherheit darstellt.

Ungeachtet dessen, dass Straftaten aus dem rechten Spektrum weiterhin den größten Anteil an der Politisch motivierten Kriminalität ausmachen, muss der Rechtsstaat jeder Form des Extremismus mit derselben Konsequenz entgegenreten. Dies gilt für Linksextremismus ebenso wie für Rechtsextremismus, religiös motivierten Extremismus und sonstige extremistische Bestrebungen.

Die Bekämpfung extremistischer Bestrebungen ist eine dauerhafte Aufgabe des Rechtsstaates. Dies gilt für alle Erscheinungsformen des Extremismus. Bayern verfolgt hierbei seit Jahren einen konsequenten Ansatz und ermöglicht den Sicherheitsbehörden vielfältige Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer Strukturen und zur Verhinderung politisch motivierter Straftaten.

Angesichts des deutlichen Anstiegs der Fallzahlen im Bereich linksmotivierter Delikte besteht Anlass, die aktuelle Entwicklung eingehend darzustellen, die bisherigen Maßnahmen in den Blick zu nehmen und etwaigen weiteren Handlungsbedarf zu prüfen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Holger Dremel, Josef Zellmeier, Daniel Artmann, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Josef Heisl, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Manuel Knoll, Harald Kühn, Tobias Reiß, Dr. Harald Schwartz, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/11444

Dem Linksextremismus in Bayern konsequent entgegenzutreten!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die aktuelle Entwicklung des Linksextremismus und der Politisch motivierten Kriminalität in Bayern zu berichten und dabei insbesondere darzulegen,

- wie sich die Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2025 insgesamt sowie im Phänomenbereich links der Politisch motivierten Kriminalität entwickelt haben,
- welche wesentlichen Erkenntnisse zu den Ursachen des Anstiegs der Straftaten aus dem Phänomenbereich links der Politisch Motivierten Kriminalität vorliegen,
- mit welchen Maßnahmen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Präventionsstellen im Freistaat dem Linksextremismus derzeit begegnen,
- ob und gegebenenfalls in welcher Weise bestehende Maßnahmen zur Bekämpfung linksextremistischer Bestrebungen weiterentwickelt werden sollen,
- ob aus Sicht der Staatsregierung weiterer Handlungsbedarf besteht.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Gerd Mannes

Abg. Jörg Baumann

Abg. Florian Siekmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Horst Arnold

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Dem Linksextremismus in Bayern konsequent entgegenzutreten! (Drs. 19/11444)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in einer freiheitlichen demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung keinen guten Extremismus und keine gute extremistische Gewalt. Wer das Gewaltmonopol unseres freiheitlichen und demokratischen Staates infrage stellt, eine andere Ordnung will sowie die Menschenwürde, Grundrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschränken oder relativieren will, dem müssen wir als Demokraten entgegenzutreten. Dies vorausgeschickt, muss es uns zu denken geben, dass die politisch motivierte Kriminalität in Bayern im Jahr 2025 einen neuen Höchststand erreicht hat. Einer dpa-Meldung der letzten Woche war zu entnehmen, dass insgesamt 8.700 politisch motivierte Straftaten registriert wurden. Dabei ist nicht nur die hohe Zahl rechtsextremistischer Taten alarmierend. Die Zahl linksmotivierter Straftaten stieg von 727 auf 1627 an, hat sich also mehr als verdoppelt.

(Zuruf: In Bayern?)

– In Bayern. – Das muss uns ebenfalls zu denken geben. Die CSU-Fraktion will deshalb einen umfassenden Lagebericht zum Linksextremismus und insgesamt zum Extremismus in Bayern.

Kolleginnen und Kollegen, wer Extremismus wirklich bekämpfen will, darf keine blinden Flecken haben. Der Rechtsstaat muss Linksextremismus mit derselben Ent-

geschlossenheit entgentreten wie Rechtsextremismus oder religiös motiviertem Extremismus. Jede politische Gewalt ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Bayern verfügt bereits über ein umfassendes, vielfältiges Instrumentarium zur Bekämpfung extremistischer Strukturen. Angesichts der aktuellen Entwicklung besteht jedoch der Anlass zu prüfen, ob die bestehenden Maßnahmen ausreichen oder weiterentwickelt werden müssen.

Kolleginnen und Kollegen, Linksextremismus ist keine Randerscheinung. Er ist eine konkrete und wachsende Bedrohung für die Sicherheit der Menschen in Bayern und für unsere Demokratie. Wir wollen wissen, was hinter dem massiven Anstieg steckt, welche Maßnahmen, die bereits ergriffen worden sind, greifen und wo wir gegebenenfalls nachjustieren müssen.

Hohes Haus, wer Gewalttaten vollbringt oder Organe des Staates, insbesondere Organe der Justiz und der Polizei angreift und diskreditiert, exkulpiert sich nicht dadurch, dass er sich Antifaschist, Antiimperialist oder Aktivist nennt. Der Rechtsstaat geht konsequent gegen jeden Extremismus vor, egal unter welchem Label er sich versteckt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Rechtsstaat verdient dabei unsere Unterstützung. Er verdient nicht, dass man seine Polizisten und Richter diskreditiert, in Zweifel zieht, beleidigt oder angreift.

Noch eine Anmerkung zum Abschluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratien scheitern nicht daran, dass sie von Extremisten gestürzt werden, wenn es genügend Demokraten gibt, die die Freiheit der Demokratie verteidigen. Das sind Demokraten, die den Diskurs mit Extremisten führen und die sie intellektuell in die Schranken weisen. Das sind Demokraten, die konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaats verhindern, dass Intolerante die Toleranz unserer Gesellschaft ausnutzen, um eben sie, die Toleranz, abzuschaffen.

Demokratien bleiben stark, wenn sie die Probleme, die eine Gesellschaft auf ihrem Weg durch die Zeit treffen, mit Energie, mit konstruktivem Willen und der Bereitschaft zum Kompromiss angehen und lösen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb als Demokraten in dieser Weise wirken. Das ist wichtig: Unsere Verfassungen – die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz – können unterstützen, wenn es darum geht, Extremisten abzuwehren. Wir alle sollten aber wissen, was Golo Mann schon zum Ende der Fünfzigerjahre in seiner "Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" formuliert hat, nämlich dass nicht Verfassungen, egal, wie sie formuliert sind, eine Ordnung im Sinne der Freiheit positiv wirken lassen oder nicht, sondern vielmehr, so Golo Mann, entscheidend ist der handelnde Mensch. Das sind die Demokraten, die etwas aus Verfassungen machen. Das sollten wir, wenn es um den Kampf gegen Extremismus und eben auch den Linksextremismus geht, berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Bausback, das ist ein guter Dringlichkeitsantrag. Sie haben auch eine gute Rede gehalten. Das muss ich einmal anerkennen. Jetzt habe ich aber auch eine Nachfrage. Sie haben vorher gesagt, Sie haben Fragen an die Staatsregierung. Ich habe einmal eine Anfrage gestellt, in der es um linksextreme Meldestellen ging. Sie haben diese mit 3 Millionen Euro unterstützt. Ist das aus Ihrer Sicht zielführend, wenn Sie den Linksextremismus thematisieren, was ja auch wichtig ist, dass die Staatsregierung denen auch Geld gibt? Das leuchtet mir in dem Zusammenhang nicht ein.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, aus meiner Sicht ist wichtig, dass Demokraten zusammenstehen, wenn Extremisten – egal von welcher Seite – den

demokratischen Staat desavouieren. Ich nehme wahr, dass zum Beispiel die Justiz immer wieder sowohl von der Seite der Rechtsextremen als auch von der Seite der Linksextremen, als eine Justiz, die nicht unabhängig ist, diskreditiert wird.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Das ist das eigentliche Problem, wenn es um die Frage geht, ob unser Staat stark genug ist. Wir dürfen uns das weder von Linksextremen noch von Rechtsextremen einreden lassen, dass unser demokratischer Staat nicht besser sei als eine Diktatur, wie sie etwa in Russland besteht.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

So etwas ist heute auch schon formuliert worden. Deshalb lasse ich mir eine solche Frage von Ihnen zwar gefallen, konzentriere mich bei der Antwort aber auf das Wesentliche, nämlich darauf, dass wir gemeinsam hier im Hohen Haus die Aufgabe haben, für die Organe der Demokratie und diese Freiheit zu stehen. Wir jedenfalls tun das.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Die CSU will dem Linksextremismus in Bayern konsequent entgegentreten. Ich halte das Ganze für einen verspäteten Aprilscherz. Ich zitiere aus der Antwort auf meine Anfrage zum Plenum: Der Begriff "linksextrem" ist demgegenüber keine für den Verfassungsschutz relevante Kategorie. – Sie und Ihr weisungsgebundener Verfassungsschutz haben kein Interesse daran, Linksextreme zu verfolgen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Stattdessen werden diese von CDU und CSU finanziert. Ihr Antrag ist ein reines Feigenblatt.

(Beifall bei der AfD)

Sie koalieren auf Bundesebene mit Lars Klingbeil, der über die Antifa zur Politik gekommen ist und mit sozialistischen Umverteilungsideen auffällt. Sie lassen Friedrich Merz durch Linksextremisten der umbenannten SED zum Kanzler wählen. Auf Demos stehen CDU/CSU mit Radikalen Schulter an Schulter. Und jetzt auf einmal wollen Sie den Linksextremismus bekämpfen. Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

(Beifall bei der AfD)

Zwischen 2019 und 2024 registrierten die Behörden in Bayern 263 Angriffe auf die Infrastruktur. Davon waren rund 92 % linksmotiviert. 2025 gab es den Brandanschlag auf die Polizeihundestaffel in München. 2021 waren in Berg am Laim über 20.000 Haushalte stundenlang vom Strom abgeschnitten. In diesem Jahr gab es in Berlin einen Blackout durch die Vulkangruppe. 130.000 Menschen waren tagelang ohne Energie. Wer nicht auf dem linken Auge blind ist, erkannte schon vor vielen Jahren die Gefährlichkeit, welcher die Bevölkerung durch linksextremistische Saboteure ausgesetzt ist. So etwas hätte es unter Strauß nicht gegeben, aber nun unter der neuen, woken und weltoffenen CSU.

(Beifall bei der AfD)

Während früher Linke mit bunten Haaren und ihrem Hund vor dem Bahnhof für das nächste Bier bettelten, ist die heutige Realität eine völlig andere. Der Verfassungsschutz geht mittlerweile deutschlandweit von über 11.000 gewaltorientierten Linksextremisten aus und warnt vor einer zunehmenden Professionalität.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Der Verfassungsschutz ist aber leider nicht in der Lage, dagegen etwas zu unternehmen, da er ständig damit beschäftigt ist, tausendseitige inhaltslose Gutachten über die AfD zu schreiben, anstatt echte Verfassungsfeinde dorthin zu bringen, wohin sie gehören, nämlich hinter Schloss und Riegel.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Die Hammerbande hielt sogenannte Szenario-Trainings ab. Das sind Übungen zum Zertrümmern von Schienbeinen, Knien und Köpfen. Die Brutalität, mit der diese militanten Linksextremisten zuschlagen, wurde in Budapest mehr als deutlich. Deutlich wurde auch, wer in den Parlamenten der verlängerte Arm dieser Verfassungsfeinde ist. Der nächste Bundesparteitag der AfD in Erfurt wird wohl der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Thüringens werden, weil Tausende gewaltbereite Linksextremisten, gepampert mit Steuergeld, erwartet werden. Bei jedem Hochrisikospiegel im Fußball geht es entspannter zu, als wenn sich diese schwarz verummten Terroristen als Helfershelfer für unsere Demokratie gerieren. Der linksextreme Sumpf muss endlich trockengelegt werden. Wir erwarten von Ihnen Taten statt Worte. Ich habe im Plenum oft genug gesagt, wo man ansetzen kann. Legen Sie endlich los!

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuellen Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität liegen vor. Wir sehen ehrlicherweise ein trauriges Ritual. Ich komme gleich auf den Dringlichkeitsantrag zum Linksextremismus zu sprechen. Vorher muss ich aber noch etwas bemerken. Ein Abgeordneter von Rechtsaußen echauffiert sich hier ohne Ende. Ich stelle klar: Beim Extremismus sind wir uns hier im Hohen Haus – zumindest hier auf der demokratischen Seite – einig.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

Eines muss klar sein: Demokratischen Widerspruch gegen die eigenen Positionen und gegen die Positionen der AfD darf man nicht immer mit Extremismus verwechseln. Es mag Ihnen nicht gefallen, dass vielen Menschen in diesem Land Ihre Sichtweise, Ihre Zusammenarbeit mit ausländischen Diktatoren, Ihr Infragestellen unserer Gerichte, Ihr Infragestellen unserer Parlamente, Ihr Infragestellen unserer freien Presse nicht gefällt; die Menschen haben aber das Recht dazu. Mit Extremismus hat das dann noch lange nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

In der Sache wird ein Berichts Antrag gestellt, der als Dringlichkeitsantrag im Plenum diskutiert wird. Die Zahlen werden wir uns im Innenausschuss selbstverständlich anschauen. Einem Berichts Antrag der demokratischen Fraktionen haben wir auch noch nicht im Wege gestanden und werden das auch weiter nicht tun. Trotzdem glaube ich, dass es in diesen Zeiten auch wichtig ist, über die Maßnahmen grundsätzlich zu reden, mit denen wir gegen Extremismus vorgehen.

Ich muss schon sagen: Unsere Fraktion ist gerade ein bisschen besorgt, weil das Programm "Demokratie leben!" auf Bundesebene, das darauf ausgerichtet ist, den demokratischen Diskurs – der muss uns nicht immer gefallen – untereinander zu fördern, unter Druck steht, weil darüber debattiert wird, ob 200 Projekte auslaufen oder eingestellt werden sollen. Das gilt auch für das Max Mannheimer Studienzentrum bei uns in Dachau, das gegen Antisemitismus kämpft. Der Antisemitismus hat Quellen aus der hart rechten Ideologie, Quellen aus der linken Ideologie und Quellen aus ausländischen Ideologien. Ihrer aller müssen wir uns annehmen, wenn wir wollen, dass jüdische Menschen im Land gut leben. Dazu gehört, dass wir solche demokratiefördernden Projekte auch erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil man sich jetzt rechts außen über die Zahlen echauffert, noch eine ganz kleine Erinnerung: Das Landeskriminalamt hat der dpa ganz deutlich mitgeteilt, dass mit größtem Abstand Straftaten, die politisch rechts motiviert sind, den größten Anteil ausmachen. Es sind 3.724 Taten, über die Sie eben gar nicht reden wollten. Das sind 42 %. 2.564 Taten stammen aus dem sonstigen Spektrum. Darunter befinden sich auch viele Personen aus dem Bereich der Reichsbürger, aber auch ausländische Nachrichtendienste und ausländische Kräfte. Das macht zusammen 70 %. Dann kommt der Linksextremismus. Auch mit diesem werden wir uns im Ausschuss beschäftigen. Schließlich folgen ausländische Ideologien und religiöse Ideologien. Sie alle sind ein Problem für unser demokratisches Zusammenleben, weil sie unsere Spielregeln infrage stellen, wie Sie rechts außen auch immer wieder unsere Spielregeln im Haus infrage stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, ein ehrlicher Blick in die eigenen Reihen würde ganz guttun. Sie zitieren irgendwelche Zahlen aus dem Bundesgebiet. Ich gehe auf die Zahlen in Bayern ein. Im Hinblick auf das politische Spektrum, in welchem die meisten Körperverletzungen und Straftaten gegen das Leben begangen werden, sollten Sie schon rechts außen genau hinschauen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Siekmann, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Berichtsantrag ist ehrenwert, weil er sich auf ein Segment bezieht, das tatsächlich unsere freiheitliche Demokratie gefährdet – Extremismus von links, Extremismus von rechts. Wir kennen in der Kriminalstatistik verschiedene Arten politisch motivierter Kriminalität.

Tatsächlich hat sich in den letzten drei Jahren die Kriminalität von links nach den Statistiken des Bayerischen Landeskriminalamts – Seite 24 – um 50 % erhöht. Das Lagebild ist am 31.12.25 bereinigt worden. Das kann man hinnehmen. Man muss aber auch die Zahlen sehen. Im Jahr 2023 waren es 13 Taten, im Jahr 2024 23 Taten und im Jahr 2025 28 Taten. Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landeskriminalamts befindet sich noch nicht einmal im dreistelligen oder zweistelligen Bereich. Herr Kollege Bausback, mich wundert es, wie Sie auf diese Zahlen in Bayern kommen. Ich habe das tatsächlich den Zahlen entnommen.

Dennoch ist jede einzelne Straftat und jede einzelne Entwicklung von Extremismus von links und rechts, religiös motiviert oder sonstig motiviert, besorgniserregend. Ich denke schon, dass es an der Zeit ist, über diese einzelnen Segmente zu berichten.

Was auch entscheidend ist: Ausländisch motivierte Straftaten, die von ausländischen Staaten gespeist werden, haben im Verhältnis zum Linksextremismus eine wesentlich höhere Größenordnung. Aber ich will das nicht kleinreden. Ich bin sogar der Ansicht, dass es gut so ist. Liest man die entsprechenden Verfassungsschutzberichte und den Zwischenbericht aus dem Jahr 2025, weiß man, dass auch der Verfassungsschutz und das Innenministerium erkannt haben, wo die größere Gefahr liegt. Dasselbe zitieren Sie in Ihrer Begründung. Nach wie vor besteht die größte Gefahr von rechts. Das stützen an dieser Stelle auch die Zahlen. Ich brauche Ihnen das nicht aufzuzeigen, wenn Sie die eigenen Statistiken Ihres Landeskriminalamts – Seite 24 – verinnerlichen.

Was mir aber wichtig ist: Wir müssen diesen Berichtsantrag dahin gehend schon ernst nehmen, dass wir die Zahlen und die Ergebnisse, nach denen gefragt wird, auch offen zur Diskussion stellen. Es ist richtig, dass Demokratiebildung eines der wichtigsten Elemente ist, um dem Extremismus vorzubeugen. Es ist schlecht, wenn diesbezüglich Mittel zurückgefahren werden – von wem auch immer. Wir müssen da nicht sparen, sondern sollten erkennen, dass die Demokratie eigentlich das höchste Gut ist, das ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern bieten kann. Deswegen ist es ganz klar, dass

wir diesen Berichts Antrag unterstützen. Wenn die CSU und die FREIEN WÄHLER einen Berichts Antrag an ihre eigene Regierung stellen, ist das vielleicht einmal ein Anlass dafür, dass der Bericht in vollem Umfang erstattet wird. Teilweise müssen bei Anfragen der Opposition über das Verfassungsgericht vollständige Berichte erzwungen werden. Wir sind bereit, den Antrag zu unterstützen, haben aber die Verhältnismäßigkeit im Auge. Jetzt bin ich gespannt, welche Zwischenbemerkung mich trifft.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Und die kommt von Herrn Prof. Bausback von der CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Geschätzter Herr Kollege Arnold, die Zahlen, die ich genannt habe, auf die sich auch die dpa-Meldung bezieht, gehen auf ein Rechercheergebnis basierend auf der KTA-PMK-Meldung zurück, die die örtlich zuständigen Staatsschutzdienststellen der bayerischen Polizei dem Bayerischen Landeskriminalamt im Zuge des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur Verfügung gestellt haben. Es mag sein, dass diese Zahlen sich von der Gesamtstatistik noch etwas abheben. Danach ist es aber nicht der Fall, dass die Zahlen im zweistelligen Bereich, wie von Ihnen zitiert, verbleiben. Es gibt eine Steigerung auf über 1.400 in der Statistik. Bei den Gewalttaten sind es wesentlich mehr. Deshalb bietet der Berichts Antrag auch eine Möglichkeit, einmal genauer nachzuschauen. Jedenfalls ist es wichtig, dass wir uns dem Phänomen genauso zuwenden wie den anderen Extremismen. An dieser Stelle sind wir uns einig. Deshalb freut mich auch Ihre Zustimmung. Ich bin Ihnen und auch dem Kollegen Siekmann sehr dankbar, dass wir diese Einigkeit im Hause haben.

Horst Arnold (SPD): Sie wissen vielleicht, dass ich vom Fach komme. Ich war einmal Staatsanwalt und Richter. Mich interessiert, was die eigene Verwaltung liefert. Recherchen der dpa sind schön und gut, aber sie sind aus meiner Sicht sachfremd und gefährlich. Wenn Sie sich die Materialien vom Bayerischen Landeskriminalamt zur politisch motivierten Kriminalität – ich sage es noch einmal: Seite 24 – zu Gemüte führen,

kommen Sie darauf, dass insgesamt linksmotivierte Kriminalität im Jahr 2025 1,48 % der Gesamtstraftaten in diesem Bereich ausmacht, während zum Beispiel 73,66 % Straftaten von rechts zu verzeichnen sind. Das kann ich Ihnen auch in totalen Zahlen nennen. Das sind 1.393 Einzeltaten. Wenn wir von unterschiedlichen Maßstäben ausgehen, wäre diese Anfrage gut, um einmal aufzuklären, was zugrunde zu legen ist und welche Presseagentur möglicherweise Recherchen durchführt. Ich vertraue auf die Kompetenz des Landeskriminalamts. Das ist bayerisches Handwerk. Das bayerische Handwerk hat auch auf dieser Ebene seinen Bestand und seine Berechtigung.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine politisch motivierte Straftat ist das sichtbare Zeichen eines vorhandenen Problems. Kollege Arnold, im Ausschuss könnt ihr gerne über die Zahlen diskutieren. Die Zahlen allein sagen noch nichts über die Problemstellung aus. Die Zahlen können morgen ganz andere sein. Hinterfragt man die Zahlen kritisch, muss man auch sehen, dass im rechtsextremen Bereich beispielsweise Symbole strafbar sind, was im linksextremen Bereich eben nicht strafbar ist. Ich glaube nicht, dass das Tragen eines Emblems mit Hammer und Sichel unter Strafe steht. Deswegen muss man diese Zahlen sehr genau und sorgfältig analysieren. Sie sind ein sichtbares Zeichen eines Problems.

Wir haben sehr wohl ein Problem mit Extremismus. Wir FREIE WÄHLER sprechen gerne immer insgesamt von Extremismus, egal ob von rechts, von links, politisch oder religiös motiviert. Gerade auf Bundesebene wird aber Extremismus häufig mit Rechtsextremismus gleichgesetzt, während man auf dem linken Auge ein Stück weit blind ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Kollege Baumann, ich fand es sehr spannend, als Sie sagten: Wir sollten endlich hart gegen den Linksextremismus vorgehen. Ich habe hier schon mehrfach gesagt: Wir sollten einmal den Anteil linksextremer Gesinnung bei der AfD etwas genauer unter die Lupe nehmen.

(Lachen bei der AfD)

– Natürlich lachen Sie hier reflexhaft. Ich werde Ihnen deshalb dafür den Beweis erbringen. Eines Ihrer größten Idole und Ihr Held international heißt bekanntlich Wladimir Putin.

(Lachen bei der AfD)

– Ich finde es dramatisch traurig, dass Sie jetzt lachen. – Ihr Held Wladimir Putin hat erst kürzlich über sein natürlich zentral gesteuertes oberstes Gericht die Nichtregierungsorganisation "Memorial" verbieten lassen, die es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hat, das stalinistische Unrecht aufzuarbeiten. Euer Putin ist auch derjenige, der Stalin huldigt und Stalin als große Figur der russisch-sowjetischen Geschichte anpreist. Mit diesem Menschen machen Sie sich gemein. Deswegen ist meine Frage schon berechtigt: Wie viel Linksextremismus steckt in der AfD?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zeigt – – Aha, Herr Kollege Baumann sieht, dass ich einen Treffer gelandet habe.

(Lachen bei der AfD)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Der Linksextremist von heute ist manchmal der Rechtsextremist von morgen. Jetzt werden Sie auch lachen. Haben Sie schon einmal von einem Horst Mahler gehört? – Der eine oder andere, der Politik schon etwas länger verfolgt, weiß: Horst Mahler war einer der schlimmsten Terroristen der Rote Armee Fraktion, ein bekennender Linksextremist. Übrigens: Sein Verteidiger, ein bekannter Bundespolitiker, hat ihm damals das Du angeboten. Als Herr Mahler dann zur NPD gegangen und stellvertretender Vorsitzender der NPD geworden ist, hat ihm

dieser bekannte Politiker vor dem Bundesverfassungsgericht das Du wieder entzogen. Das nur als historische Ergänzung.

Sie sehen aber sehr wohl, dass es einen durchaus intensiven Austausch zwischen Rechts- und Linksextremisten gibt. Die Linksextremisten von heute sind die Rechtsextremisten von morgen und umgekehrt. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns mit dem Extremismus insgesamt befassen.

Ja, im Bereich des Extremismus haben wir in diesem Parlament ein Best-Practice-Beispiel, Gott sei Dank nur eines. Im Deutschen Bundestag sitzt auch noch eine andere Fraktion, nämlich die Fraktion Die Linke, deren Vorsitzende Reichinnek verlangt, dass wir uns in Richtung Kommunismus orientieren. Sie sagt: Wir brauchen wieder mehr Kommunismus. – Das muss auch einmal thematisiert werden. Deswegen ist es auch richtig, dass wir uns Nichtregierungsorganisationen vornehmen und beleuchten, inwieweit diese auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

– Ich weiß gar nicht, warum Sie da so emotional werden. Gehören Sie etwa einer NGO an, die unter einem solchen Verdacht steht? Ich weiß es nicht. Wir werden uns aber selbstverständlich auch damit zu befassen haben.

Ich habe eingangs betont: Die Straftat ist das, was man am Ende sieht. Wir hatten im 20. Jahrhundert nicht nur zwei schreckliche Diktaturen in Deutschland und Europa, nämlich die nationalsozialistische und die kommunistische, wir hatten auch zwei Terrororganisationen, die in Deutschland gewütet haben: Die Rote Armee Fraktion haben wir noch als Kinder erlebt, und über die andere haben wir hier im Bayerischen Landtag drei Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Beide waren schrecklich, und sie dürfen in Deutschland und in Bayern keinen Platz haben. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns mit diesem Thema nicht nur oberflächlich, sondern intensiv auseinandersetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zum Thema Linksextremismus noch eines sagen: Ich finde es geradezu abscheulich, entwürdigend und für den deutschen Staat unglaublich, dass hier auf unserem Staatsgebiet sogenannte Palästinenserdemonstrationen stattfinden, völlig antisemitische Demonstrationen, deren Teilnehmer das Existenzrecht Israels infrage stellen. Wir sollten nicht "Nie wieder" sagen, wenn wir vor so etwas die Augen verschließen. Es gehört zu einem echten Geschichtsbewusstsein, nicht nur unsere damaligen Verbrechen in Erinnerung zu behalten, sondern auch gegen Attacken gegen das Judentum heute mit Entschlossenheit vorzugehen. Vielen Dank an die Bayerische Staatsregierung, an Joachim Herrmann, an Dr. Florian Herrmann und an alle, die das mit der gebotenen Deutlichkeit tun, anders, als das teilweise in der Bundespolitik der Fall ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass vonseiten der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Zustimmung signalisiert wurde. Das zeigt, dass wir uns gemeinsam diesem Thema widmen. Herr Kollege Siekmann, ich kann aus der Sitzung des Innenausschusses bestätigen: Wir haben dieses Thema immer ganzheitlich gesehen und nie den Rechtsextremismus gegen den Linksextremismus ausgespielt. Das würde nämlich nur den Extremisten am rechten und linken Rand nützen. Und das ist das Letzte, was wir wollen. Stimmen Sie bitte unserem Dringlichkeitsantrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Mannes, AfD, vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Pohl, ich gebe Ihnen recht: Der Linksextremismus ist ein Problem. Aber wissen Sie, was die AfD mit Extremismus zu tun hat? – Wir haben nur extrem viel recht.

(Beifall bei der AfD)

Sie bezeichnen uns immer als Extremisten. Was ist denn passiert? – Die CDU/CSU und auch die FREIEN WÄHLER sind immer weiter nach links abgewandert und haben hier letzten Endes eine Planwirtschaft eingeführt. Die Konsequenzen dieser Politik sind schlimm, und wir müssen sie jetzt ausbaden. Das wird noch eine große Herausforderung.

Nun zum Thema Putin: Wir sind keine Putin-Fans, aber wir wollen den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen. Ich erkläre Ihnen etwas: Wir hatten in der Vergangenheit unter Merkel ein Handelsvolumen von bis zu 80 Milliarden Euro mit Russland. Dieses ist jetzt fast auf null heruntergewirtschaftet worden. Es ist im Interesse Deutschlands, dass wir langfristig wieder gute Beziehungen mit Russland bekommen, auch Beziehungen wirtschaftlicher Art. Wir dürfen diese Beziehungen nicht komplett zerstören; denn von diesen Beziehungen profitieren wir. Wer weiß, was in zwanzig Jahren sein wird. Wir wollen die guten Beziehungen zu Russland nicht den Chinesen überlassen. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Pohl, bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das mit der Sichtweise ist wohl ein wenig karussellgetrieben. Sie sind in Ihrem Karussell wahrscheinlich gerade ganz weit rechts angekommen und nehmen uns dann als weit links wahr. Fakt ist, dass es in Deutschland zur Staatsräson gehört, dass wir Angriffskriege gegen souveräne Staaten nicht dulden.

(Christoph Maier (AfD): Und Serbien?)

– Jetzt kommt der mit Serbien. Das sollte man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen, den Völkermord der Serben in Albanien und im Kosovo jetzt auch noch als Verteidigung für Wladimir Putin zu nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das ist mehr, als ich Ihnen mit dieser Antwort bieten könnte. Herzlichen Dank, Sie haben sich entlarvt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den Mitgliedern der CSU-Landtagsfraktion und den FREIEN WÄHLERN, dass sie mit ihrem Dringlichkeitsantrag den Fokus auf Entwicklungen legen, die nicht nur den Sicherheitsbehörden in unserem Land große Sorgen bereiten. Es geht um die nahezu ungebremste Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene. Es geht um den zunehmenden Antisemitismus auch von linksextremistischer Seite, häufig im Zusammenschluss mit auslandsbezogenen Extremisten. Es geht um Anschläge auf öffentliche Einrichtungen, auf die Verkehrs- und die Energieinfrastruktur in unserem Land ohne Rücksicht auf deren Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung hier. Darum geht es.

Wir müssen feststellen, dass die Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene seit Jahren wieder zunimmt. Es gibt unter den Verfassungsschutzbehörden die Fachbegriffe, worüber im Verfassungsschutzbericht nachzulesen ist. Darin ist die Sprachregelung einheitlich; es wird unter anderem von rechtsextremistischer Szene, von Linksextremismus gesprochen. Deshalb sage ich dem Herrn Abgeordneten von der AfD: Wenn Sie hier behaupten, der Verfassungsschutz oder das Innenministerium hätte gesagt, es gäbe keine Linksextremen in unserem Land, ist das ein totaler Blödsinn und eine Verdrehung dessen, was wir ausgesagt haben.

Es ist nur so, dass alle Statistiken in Deutschland dazu mit den Fachbegriffen Rechts-Extremismus und Linksextremismus geführt werden. Darunter kann man dann zum

Beispiel einheitlich vergleichende Zahlen vorlegen. Demgegenüber sind andere Begriffe wie linksextrem oder rechtsextrem, die Sie im Sprachgebrauch natürlich verwenden können, keine offiziellen Begrifflichkeiten in den offiziellen Statistiken. Deshalb kann zu diesen Begriffen auch keine statistische Antwort gegeben werden.

Für den Fall, dass Sie es beim ersten Mal nicht nachvollzogen haben, sage ich es Ihnen jetzt noch einmal. Jedenfalls ist die Behauptung, wir würden quasi bestreiten, dass es Linksextreme in unserem Land gibt, grober Unsinn. So gehen Sie aber leider immer wieder mit der Wahrheit um.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Eines will ich Ihrer Bemerkung von vorhin noch hinzufügen. Es ist in Ihren Kreisen im Laufe der Jahre Mode geworden, sich bei manchen dieser Themen auch noch auf Franz Josef Strauß zu berufen.

(Zuruf von der AfD)

– Ja, eine Bemerkung wie "Das hätte es bei Strauß nicht gegeben" lässt sich schnell einmal machen.

(Zuruf von der AfD)

Ich erlaube mir, das auch genau deshalb aufzugreifen, weil ich vor vierzig Jahren als junger Beamter in der Staatskanzlei unter Ministerpräsident Franz Josef Strauß gearbeitet und die damaligen sicherheitspolitischen Herausforderungen unmittelbar miterlebt habe. Ich möchte Ihnen schon sagen, ohne in irgendeiner Weise die heutige Situation zu beschönigen, denn wir reden ja darüber, wo die Herausforderungen liegen, bzw. daran erinnern: Das waren die Jahre des RAF-Terrorismus in unserem Land. Das waren auch die Jahre, in denen das schreckliche Oktoberfestattentat stattgefunden hat. Den Leuten heute einzureden, früher wäre das alles viel besser gewesen, ist grober Unfug.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie die Gesamtkriminalität in unserem Land und die in ganz Deutschland erhobene Häufigkeitsziffer von Straftaten in Relation zur Bevölkerung betrachten – ich hatte darauf bei der Pressekonferenz und in dem Bericht, den ich im Innenausschuss gegeben habe, ausdrücklich hingewiesen – und das auf diese Frage zuspitzen, dann sage ich Ihnen noch einmal ausdrücklich: Die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung in Bayern war im Jahr 2025 niedriger als 1985. Das ist die Realität.

Ich nehme das nicht für mich in Anspruch, und ich mache das auch nicht jemandem, der vor vierzig Jahren Innenminister war, zum Vorwurf. Die Realität ist aber: Wir leben heute in diesem Land sicherer als vor vierzig Jahren. Nur Sie erzählen den Leuten dauernd etwas anderes. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Zurück zum Linksextremismus: Wenn man die linksextremistisch motivierten Straftaten betrachtet, sieht man in der Tat vom Jahr 2024 zum Jahr 2025 einen Anstieg um 136 % von 272 auf 641 Delikte. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg der linksextremistischen Gewaltdelikte um etwa 350 %. Ja, es sind zweistellige Zahlen. Es waren 16 Delikte im Jahr 2024 und 72 Delikte im Jahr 2025. Nun machen die linksextremistischen Gewaltdelikte immerhin über die Hälfte aller extremistischen Gewaltdelikte in Bayern im vergangenen Jahr 2025 aus.

Das ist, wohlgemerkt, von den Zahlen weit entfernt, die es in früheren Jahrzehnten gegeben hat. Allerdings ist es unübersehbar, dass es mehr dieser Gewaltdelikte geworden sind. Das müssen wir ernst nehmen. Gleichwohl dient das nicht dazu, weniger auf anderen Extremismus, weniger auf islamistischen Extremismus, weniger auf rechtsextremistischen Extremismus zu achten. Dass manche in unserem Land von den Linken aber lieber gar nicht reden wollen, geht eben auch nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb bin ich dafür dankbar, dass es hier eine breite Mehrheit gibt, die sagt: Ja, auch die linksextremistische Gewaltszene müssen wir in den Blick nehmen.

Die Entwicklung der Fallzahlen spiegelt auch die öffentliche Wahrnehmung wider, dass vor allem der linke Aktivismus leider auch bei uns in Bayern vermehrt festzustellen ist. Der Anstieg der politisch motivierten Kriminalität im Phänomenbereich "links" erklärt sich insbesondere mit Blick auf die geopolitische Lage sowie den anhaltenden Nahostkonflikt. Das ist aber in keiner Weise tolerierbar.

Der Hauptfaktor für die Zunahme der Gewaltbereitschaft – das ist jedenfalls den verschiedenen Publikationen, den verschiedenen Veröffentlichungen der linksextremistischen Szene zu entnehmen – ist der von der linksextremistischen Szene diagnostizierte angebliche Rechtsruck der Gesellschaft und die Agitation hiergegen. Die Szene definiert jedoch selbst, was aus ihrer Sicht als rechts gilt.

Kristallisationspunkt für linksextremistische Agitationen bilden vor allem auch Veranstaltungen der AfD sowie die montäglichen Demonstrationen des "Team Menschenrechte Nürnberg", das in Teilen rechtsextremistisch ist. Die Hemmschwelle, Gewalt gegen den politischen Gegner anzuwenden, sinkt zunehmend. Gewalt gegen Personen ist in der linksextremistischen Szene schon seit einigen Jahren kein Tabu mehr. Bislang war das aber eher auf geheime Gruppen wie die sogenannte Antifa Ost oder die Hammerbande begrenzt.

Obwohl sich in Bayern auch dank des konsequenten Einschreitens der bayerischen Polizei noch keine Hotspots der gewaltbereiten Szene entwickelt haben, finden auch hier immer wieder körperliche Angriffe auf den politischen Gegner statt. Zudem zielen die Übergriffe ebenso auf die zur Gewährleistung eines geordneten Demonstrationsgeschehens eingesetzten Polizeibeamten. Die Taten werden scheinbar als notwendiges Mittel zur Bekämpfung des Rechtsrucks gerechtfertigt und auf einschlägigen Internetportalen wie "de.indymedia.org" propagiert.

Ein weiterer Agitationsschwerpunkt der Szene ist die Unterstützung der propalästinensischen Proteste. Vor dem Hintergrund des Hamas-Angriffs im Oktober 2023 hat sich eine extremistische Mischszene aus Akteuren des auslandsbezogenen Extremismus einerseits und der linksextremistischen Szene andererseits entwickelt. Israel wird in der Szene als imperialistischer Vorposten der USA in Nahost gesehen, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Mit diesem Erstarren des Themenfelds Antiimperialismus geht eine Zunahme antizionistischer Aktivitäten einher. Jüdische Israelis und generell Juden werden pauschal für die Eskalation in Nahost verantwortlich gemacht. Die Szene betrachtet sie als privilegierte Angehörige der weißen Ethnie. Die Ähnlichkeit mit rassistisch begründetem Antisemitismus ist unübersehbar. Personen, die divergierende, insbesondere proisraelische Meinungen vertreten, werden aggressiv angegangen.

Linksextremistische Gewalt wendet sich auch gegen kritische Infrastrukturen, die insbesondere von Anarchisten als Mittel der Unterdrückung wahrgenommen werden, wobei dieser Argumentation die meisten Normalbürger in unserem Land kaum folgen können. Das zeigt sich an dem Beispiel des Anschlags auf die Stromversorgung in Berlin am 3. Januar dieses Jahres, zu dem sich auf dem linksextremistischen Internetportal "Indymedia" die sogenannte Vulkangruppe bekannt hat. Das zeigt, dass die großflächige Beeinträchtigung der zivilen Bevölkerung als Kollateralschaden billigend in Kauf genommen wird. Damals waren immerhin 45.000 Wohnungen in Berlin und 2.200 Betriebe tagelang betroffen, tagelang ohne Strom. Es ist zum Teil auch das Leben von Menschen in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen durch den plötzlichen Stromausfall bedroht gewesen.

All dies wird klaglos hingenommen, wird als Kollateralschaden geduldet, nur um ein politisches Fanal zu setzen. Es ist eindeutig, dass so etwas völlig indiskutabel ist, dass wir so etwas nicht dulden können. Die Vulkangruppen reklamieren eine Vielzahl von Anschlägen auf Wirtschaftsunternehmen für sich. Auf die Mitte März erfolgten Durchsuchungen in Berlin reagiert die Szene bundesweit mit Solidaritätsbekundungen.

Das ist auch ein Ansatz zu Extremismus; denn wenn man solche Gewalttaten, die derartige Schäden verursachen, in Kauf nimmt und dann dagegen ist, dass dieser Rechtsstaat Täter ermitteln will, dann identifizieren sich solche Leute genau mit diesen Tätern.

Wir müssen leider festhalten, dass das nicht nur ein außerbayerisches Phänomen ist. Auch in Bayern kommt es immer wieder, insbesondere seit 2021, zu Brandanschlägen, insbesondere im Großraum München. Seit dem Brandanschlag im Münchner Osten im Mai 2021 wurden die Ermittlungen des zuständigen Polizeipräsidiums München unter Sachleitung der Generalstaatsanwaltschaft München, der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus, in Richtung eines möglichen Seriencharakters der Brände ausgerichtet.

Zur koordinierten Bearbeitung der Brandanschläge wurde die Ermittlungsgruppe "Volt" und im September 2023 die EG "Raute" gebildet. Die Brandanschläge auf die Polizeiinspektion Diensthundestaffel hier in München und auf die PI Reiterstaffel werden durch die EG "Brand" bearbeitet. Nach derzeitigem Ermittlungsstand werden die Taten dem Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität links zugeordnet. Zugrunde liegen hier die Faktoren der bundesweiten Definition der politisch motivierten Kriminalität.

Als besonders öffentlichkeitswirksam sind eben diese drei Brandanschläge, nämlich die Brandanschläge auf die Starkstromleitungen im Münchner Osten am 21. Mai 2021, auf die Diensthundestaffel im Januar 2025 und auf die Reiterstaffel der Münchner Polizei am 22. Mai letzten Jahres, zu nennen. Die Generalstaatsanwaltschaft München, Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus, hat mit Verfügung vom 12. Januar 2026 Anklage zum Landgericht München I wegen dreier Taten gegen eine Person erhoben. Wir werden sehen, was das Gerichtsverfahren noch zutage fördert.

Wir sehen an diesen Beispielen, dass noch kein Grund zur Entwarnung besteht, auch wenn zuletzt linksextremistische Brandstiftungen wieder weniger geworden sind. Der Bekämpfung von Extremismus jeglicher Couleur kommt für uns in Bayern auch weiterhin eine hohe Priorität zu. Wir prüfen kontinuierlich, ob die uns zur Verfügung stehenden Instrumentarien der aktuellen Gefährdungslage angemessen sind und was wir gegebenenfalls noch weiterentwickeln müssen. Nur mit einem ganzheitlichen Ansatz können wir die Wurzeln des Extremismus und auch des Antisemitismus bekämpfen und ein starkes Zeichen gegen Intoleranz und Gewalt setzen.

Wir werden den Sicherheitsbehörden weiterhin den Rücken stärken und die Präventionsarbeit vorantreiben, um die Diskussion um die Gefahren von Extremismus verstärkt in die gesellschaftliche Mitte zu tragen. Die Bayerische Staatsregierung wird jedenfalls jede Form von Extremismus auch weiterhin mit Nachdruck bekämpfen. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und in einer starken Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in unserem Land gemeinsam dem Extremismus entgegenzutreten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Hubert Aiwanger und des Staatsministers Georg Eisenreich)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/11444 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/11445 mit 19/11447 und 19/11458 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.